

Zur Sitzung am
6. 7. 2010

Gremium
Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg

Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 – 2014 – Teil II
zu 13.2 – Schaffung einer Leistungseinheit „Bürgerservice“

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung beschließt, die in der VO/0463/10 – Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010-2014 – Teil II – zu 13.2: Schaffung einer Leistungseinheit „Bürgerservice“ vorgesehene Reduzierung der Öffnungstage auf 2 Tage à Woche wird abgelehnt.

Die Bezirksvertretung appelliert an den Rat der Stadt, das von den Bürgern seit Jahrzehnten begrüßte und mit steigender Tendenz angenommene Angebot in den Bürgerbüros uneingeschränkt aufrecht zu erhalten.

Begründung:

Die Stadt Wuppertal, die Verwaltung und der Rat der Stadt und schon gar nicht die Bürgerschaft haben diese Haushaltskrise verursacht. Bund und Land haben in Jahrzehnten zu viele und immer neue Pflichtaufgaben in zu großen Anteilen auf die Stadt übertragen. Die an die Stadt überwiesenen Steuerzuweisungen wurden dem in keiner Weise angepasst.

Der Gemeindefinanzbericht 11/2009 des Städtetages NRW – „Die Haushaltsnotlage als Normalfall“ – und das Papier „Haushaltssicherungskonzept 2010 – 2014 „ stützt diese Aussage.

Gigantische Rettungsschirme zur Abwendung der Bankenkrise 2008 und der Euro-Krise 2010 wurden geschaffen. Dagegen geschieht zu Gunsten einer aufgabengerechten Finanzausstattung der Gemeinden nichts.

Die Bezirksvertretung fordert zunächst Gespräche mit Bund und Land zu führen und die Ergebnisse abzuwarten.

Die Einkaufsmärkte, Banken und zuletzt die AOK bieten ihren Kunden immer mehr und bessere Öffnungszeiten. Das Monopolunternehmen Verwaltung reduziert sie. Die vorgesehene Reduzierung von 5 Tagen auf 2 Tage à Woche, von 26 Stunden Öffnungszeit auf 16 Stunden Öffnungszeit, entspricht einer Reduzierung von 38,5 %.

99.000 Einwohner sind in den vier Stadtteilen betroffen. Durch diese Reduzierung werden vor Ort viele Verwaltungsvorgänge verdrängt.

Bei ca. 15.000 Vorgängen in Vohwinkel und 10.000 in Langerfeld (gezählte und bezahlte Vorgänge à Jahr) und noch eine ähnliche Zahl von nicht gezählten und bezahlten Vorgängen

werden weite Wege und Kosten für die Bürgerschaft entstehen.

Bei PKW-Fahrten:

- vom Bürgerbüro Vohwinkel bis Rathaus Barmen – hin/zurück – 23,6 km und 48 Min. Fahrzeit
- vom Bürgerbüro Cronenberg bis Rathaus Barmen – hin/zurück – 26,4 km und 46 Min. Fahrzeit
- vom Bürgerbüro Ronsdorf bis Rathaus Barmen – hin/zurück - 17,0 km und 36 Min. Fahrzeit
- vom Bürgerbüro Langerfeld bis Rathaus Barmen – hin/zurück - 8,6 km und 20 Min. Fahrzeit
- Beyenburg – Ortslage Frielinghausen - hin/zurück – 32,8 km und 58 Min. Fahrzeit

Gerade in Zeiten des demografischen Wandels sind solche Angebotsreduzierungen nicht akzeptabel. Der Gedanke der bürgernahen Verwaltung darf nicht aufgegeben werden, besonders da die Verwaltung primär dem Bürger zu Nutzen hat.

Die Stadt Wuppertal hat 1981 ihre Finanzkommission gegründet. In dieser Zeit sind viele Einrichtungen aufgegeben worden: Bäder, Feuerwehren, Schulen.

Bund und Land haben dagegen der Stadt immer mehr Pflichtaufgaben auferlegt.

Diese Tendenz muss gestoppt werden.

gez. Cleff

gez. Hasenclever

gez. Paul